

Zunächst ging Herr Gleß ausführlich auf die derzeitige Situation (Verteilung auf mehrere Standorte) bezüglich der vorhandenen Räumlichkeiten und auf die Arbeitsverhältnisse (Laufwege, Zeitverluste etc.) der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Des Weiteren entstehen aufgrund des Alters der verschiedenen Gebäude höhere Unterhaltungskosten.

Aufgrund dieser Umstände wird es immer wichtiger, ein sogenanntes „Techn. Rathaus“ zu bekommen. Daher bietet es sich an, das ehemalige Postgebäude anzumieten und dieses entsprechend des derzeitigen Stands der Technik umbauen zu lassen. Hierbei würde natürlich auch die barrierefreie Erreichbarkeit mit berücksichtigt werden.

Bezogen auf die Wirtschaftlichkeitsberatung führte Herr Gleß u. a. aus, dass wenn die Stadt den Status quo mit eigenen und angemieteten Liegenschaften im Stadtgebiet beibehält, so würden hierbei rd. 9,9 Mio. € bis zum Jahr 2031 für Miete zuzüglich anfallenden Unterhaltungskosten aufzubringen sein. Die Errichtung eines Technischen Rathauses würde inklusive Kosten für Umzug und Neueinrichtung rd. 11,1 Mio. € kosten. Dies wären zwar rd. 1,2 Mio. € mehr, aber dann stehen mindestens 4,8 Mio. € an Ersparnissen gegenüber, die noch nicht eingerechnet worden sind.

Ebenfalls sind nicht eingerechnet worden die Gewinne, die aus der Veräußerung der derzeit von der Stadt genutzten Immobilien.

Herr Knülle ging in seinen Ausführungen zunächst noch einmal auf die seinerzeit entstandenen Bedenken der Politik ein. Aber aufgrund der durch die Verwaltung daraufhin ausführlich beantworteten Fragen konnten diese Bedenken für seine Fraktion ausgeräumt werden.

Abschließend führte Herr Knülle aus, dass seine Fraktion der Anmietung der Räumlichkeiten zustimmen werde.

Herr Schell führte u. a. aus, dass seine Fraktion diese so mittragen werde. Gleichzeitig ging er nochmals auf eine evtl. Untervermietung ein, sofern nicht alle Räumlichkeiten seitens der Stadt genutzt werden sollten.

Herr Metz ging in seinen Ausführungen nochmals auf den Personalmehrbedarf ein. So hoffe er, dass dieser Mehrbedarf auch entsprechend im Haushalt dargestellt werde. Ferner führte er aus, dass seine Fraktion trotz allen erteilten ... seitens der Verwaltung auf die seinerzeit gestellten Fragen weiterhin sehr „große Bauchschmerzen“ habe. Positiv strich er hervor, dass eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erstellt worden sei.

Auch Herr Metz ging dann nochmals auf das bisherige Verfahren ein. Seine Fraktion werde nach Abwägung aller Bedenken aber dem Vorschlag der Verwaltung nicht zustimmen, zumal aus seiner Sicht die Kosten von rd. 11,1 Mio. € nur für die Anmietung sehr hoch seien und die Stadt somit später, da zurzeit aufgrund der Haushaltslage kein eigenes Gebäude errichtet werden kann, auch kein Eigentum haben werde.

Auf die Frage von Frau Bergmann-Gries, ob die Kosten für den Umbau des Bürgerservices (zurück ins Rathaus) mitberechnet worden sind, teilte Herr Gleß mit, dass diese Kosten eingerechnet sind.

Frau Schmidt erklärte für die Fraktion Aufbruch, dass sie diesem Projekt positiv gegenüberstehe, zumal die Stadt keine Eigenmittel hat, selbst zu bauen.

Herr Koculan teilte mit, dass seine Fraktion dem Vorschlag nicht zustimmen werde.

Herr Knülle führte u. a. aus, dass - bezogen auf die Aussage von Herrn Metz (kein Eigentum wird geschaffen etc.) - seine Fraktion Bedenken hatte, aber letztendlich hier doch eine vernünftige Lösung gefunden worden ist und seine Fraktion zustimmen werde.

Frau Jung teilte mit, dass ihre Fraktion dem Vorschlag zustimmen werde.

Auch Herr Schell betonte, dass es sehr bedauerlich sei, dass die Stadt selbst aufgrund der bestehenden Gesetzeslage nicht bauen darf.

Herr Metz bedauerte in seinen Ausführungen nochmals, dass nicht versucht worden sei, über das sogenannte ÖPP-Verfahren hier mit einem Leasing-Vertrag dieses Projekt zu verwirklichen.

Herr Piéla wies in seinen Ausführungen – bezogen auf die Erreichbarkeit – auf die zukünftige Anbindung des Radverkehrs hin.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss der Bürgermeister an dieser Stelle den TOP und verwies auf die weiteren Beratungen im nicht öffentlichen Teil dieser Ratssitzung.